

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Hergts großes Wunder.

### Das Regierungsprogramm der Deutschnationalen.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei, Herr Hergt, hat gestern den ehemaligen Presschef der Kapp-Regierung und jetzigen Redakteur des „Berliner Lokalanzeigers“ J. W. Harnisch empfangen, um diesem als dem Würdigsten sein Programm zu offenbaren. Der „Lokalanzeiger“ gibt es heute unter der Ueberschrift „Das deutsch-nationale Regierungsprogramm“ wieder. Da es für das ganze Volk, auch für die Arbeiter, nicht uninteressant ist, zu erfahren, wie es regiert werden soll, ist es notwendig, die entscheidenden Stellen dieses politischen Dokuments in breiter Ausführlichkeit mitzuteilen.

Herr Hergt forderte zunächst in ziemlich diktatorischer Weise die Uebergabe der Regierung an seine Partei, indem er erklärte:

Diese Reichstagswahlen sind jetzt gewesen, und sie haben uns zur Regierung berufen. Der klare Sinn dieser Volksentscheidung kann gar nicht verkannt werden, und ich hege auch gar keine Befürchtungen, daß irgend jemand ernstlich versucht sein sollte, ihn verkennen zu wollen.

Herr Hergt ist also erfreulich demokratisch geworden, er beruft sich auf Volksentscheidungen. Allerdings ist die Art, wie er die letzte Volksentscheidung interpretiert, etwas eigenartig. Es ist durchaus keine feststehende Regel der Demokratie, daß eine Partei, weil sie bei den Wahlen Stimmen und Mandate gewonnen hat, schon deshalb unbedingt zur Regierung berufen sei. Sie müßte erst für sich allein die Mehrheit gewonnen haben, dann wäre dieser Anspruch berechtigt. Trotz des Mandatszuwachses bildet die deutsch-nationale Fraktion weniger als ein Viertel und nicht viel mehr als ein Fünftel des ganzen Reichstags. Ein Viertel des Parlaments hat nicht das Recht, den übrigen drei Vierteln seinen Willen aufzuzwingen.

Sollte der Grundtag gelten, daß die Partei, die den stärksten Zuwachs hat, zur Regierung kommt, so müßte Herr Hergt logischerweise zugunsten von Werner Scholem auf die Reichskanzler-Kandidatur verzichten.

Herr Hergt gibt selbst zu, daß die Wahlen „noch günstiger“ hätten ausfallen können. Insbesondere findet er es keineswegs genügend, wenn „nur 27 Sitze aus dem marxistischen Lager in das vaterländische hinübergewandert sind.“ Der „Marxismus“ ist also am Ende noch nicht ganz tot, und Herr Hergt wird noch sehen, wie lebendig er in der Opposition werden wird.

Herr Hergt wurde nun — war er es nicht schon zuvor? — nach dem Bericht des „Lokalanzeiger“-Mannes „sehr ernst“, indem er folgende bedeutungsvolle Worte aussprach:

Das deutsche Volk ist autoritär, es will regiert werden, es verlangt nach einer starken Hand, die seine Befehle leitet. Eine Regierung, die dieses tief in den besten Eigenschaften des deutschen Volkes begründete Sehnen erfüllt hätte, haben wir praktisch seit fünf Jahren nicht gehabt. Eine solche Regierung wird die Rechtsregierung, die jetzt kommen wird, weil sie kommen muß, aber sein. Und wenn wir als Rechtsopposition schon erreicht haben, was erreicht werden ist, dann dürfen wir mit Zuversicht hoffen, daß die Rechtsregierung das große Wunder bringen wird, das sich jetzt angebahnt hat, aber noch nicht ganz Wirklichkeit geworden ist.

Herr Hergt darf uns Sozialdemokraten glauben, daß wir auf allerhand „Wunder“ gefaßt sind. Wir haben das bayerische Wunder erlebt, wir haben loben das mecklenburgische Wunder bewundert, wir haben schon einige Erfahrungen mit den Staatsmännern, die ihre „starke Hand“ extra für die Zeitungen photographieren lassen.

Nunmehr wird aber die Sache noch spannender, denn nun setzt der Mann mit der starken Hand auseinander, wie er das „große Wunder“ vollbringen wird.

Nachdem Herr Hergt Herrn Stresemann einige Liebenswürdigkeiten gesagt, der als Außenminister und Mann der großen Koalition doppelt geschlagen sei, und sich über die „extremistisch-völkische Richtung“ Ludendorffs mit schnippscher Geringschätzung geäußert, kommt er endlich auf den springenden Punkt:

Man scheint in den objektiveren Kreisen des Auslandes zu hoffen — und man hat ein Recht dazu —, daß unter entscheidendem Einfluß der Deutschnationalen eine deutsche Außenpolitik getrieben werden wird, die den Lebensnotwendigkeiten und dem Lebenswillen des deutschen Volkes unbedingt Rechnung trägt, aber andererseits geeignet ist, eine befriedigende Lösung der deutschen Gesamtfrage auf dem Wege

#### Ichleuniger Verständigung

herbeizuführen. Unsere grundsätzliche Stellung zum Sachverständigenrat ist mehrmals ganz programmatisch und ungewandelt ausgesprochen worden, und ich nehme an, daß die Reichsregierungsfraktion den Standpunkt der Parteileitung sich zu eigen machen wird.

Wir legen dem Gutachten und der Aufforderung zu Verhandlungen nicht von vornherein ein rundes „Unannehmbar“ entgegen.

wohl aber Vorbehalte, die ganz unverzichtbar sind. Wir geben davon aus, daß es unmöglich ist und daher auch von dem Gutachten gar nicht beabsichtigt sein kann, für die Verhandlungen zwischen den beteiligten Staaten die politischen von den wirtschaftlichen Fragen zu trennen; sind diese doch einfach untrennbar miteinander verbunden, greifen sie doch tausendfach ineinander. Soweit von Deutschland wirtschaftliche Konzessionen — Konzessionen, über deren Maß verhandelt werden müßte — erwartet werden, sind diese doch ganz unmöglich, solange nicht die großen staatspolitischen Grundfragen, von denen die Weiterexistenz Deutschlands als Nation und als Staat abhängt.

Weiter, was ich vielleicht an erster Stelle hätte nennen sollen: Dem deutschen Volk können wirtschaftliche Lasten in größerem Ausmaße nicht zugemutet werden, und wir werden sie ihm niemals zumuten, bevor die häufig genannten Ehrenpunkte befriedigend gelöst worden sind. Und dann:

Auf keinen Fall wird sich je eine deutsch-nationale beeinflusste Regierung dazu hergeben, Versprechungen mit ihrer Unterschrift zu decken, von deren Unersättlichkeit sie nach pflichtmäßiger Prüfung überzeugt ist. Damit spreche ich ja nur eine Selbstverständlichkeit aus. . . . Das Ausland wird die Gewißheit haben, daß, wenn mit ihm Vereinbarungen unter deutsch-nationaler Mitarbeit zustande kommen, das Versprochene auch gehalten werden wird, womit sichere Grundlagen für das Nebeneinanderleben der Staaten gegeben sein werden und nicht immer wieder neue Konfliktstoffe entstehen können.

Zusammengefaßt: Der Vertrag von Versailles wird nicht zerissen. Das „zweite Versailles“, die „Verfassung“ wird nicht rundweg abgelehnt, es wird darüber verhandelt. Das ominöse Pazifistenwort „Berständigung“ entgleitet unbedenklich dem Gehege der Zähne. Nur über einen Punkt spricht sich Herr Hergt nicht mit genügender Klarheit aus. Er spricht von einer „Aufforderung zu Verhandlungen“. Worüber aber sind wir aufgefordert zu verhandeln? Nicht über den sachlichen Inhalt der Sachverständigenvorschläge, die bereits als „unteilbares Ganzes“ angenommen sind, also auch nicht über die Höhe der Lasten, die uns auferlegt werden sollen, sondern über die Ausführung des Gutachtens.

Wenn Herr Hergt sagt, daß die politischen von den wirtschaftlichen Fragen nicht zu trennen sind, so sagt er nur, was die Sachverständigen sagen, was die Regierung Marx sagt und was die Sozialdemokraten sagen. Aber anders steht es mit den wirtschaftlichen Fragen selbst, mit der Höhe der Lasten. Hier gibt es nach unserer Ueberzeugung — wir würden uns freuen, wenn wir uns irren würden — im wesentlichen nichts mehr zu handeln, sie müssen zunächst einmal übernommen werden oder die ganze „schleunige Berständigung“, die Herr Hergt herbeiführen will, fliegt in die Luft. Sie fliegt in die Luft, trotz der eindringlichen Versicherung des Herrn Hergt, er würde in vorteilhaftem Gegensatz zu den bisherigen Reichskanzlern ein Realpolitiker der Erfüllung und ein ganz zuverlässiger Zahler werden.

Bleibt Herr Hergt bei dem, was er gesagt hat, so wird er nur sich und seine Partei kompromittieren, ohne etwas anderes zu erreichen, als die Isolierung Deutschlands und seinen vollständigen wirtschaftlichen und politischen Ruin. Wir werden dann das große Wunder haben, wir werden unser blaues Wunder erleben!

Aber wird es dabei bleiben? Herr Hergt befindet sich in einer rasenden Entwicklung. In ihm selber vollziehen sich Wunder, und man darf an weitere glauben. Nur muß er sich beeilen und sich klar darüber sein: Eine Erfüllungspolitik, die mit nationalstaatlichen Redensarten verschleiert wird, kostet dem deutschen Volk nur, aber sie bringt ihm nichts!

Was Herr Hergt weiter über seine innere Politik gesagt hat, ist so inhaltlos und vorsichtig geworden, daß man es getrost übergehen kann. Was auf diesem Gebiet von einer Regierung Hergt zu erwarten ist, weiß man ohnehin. Dafür ist, was in Bayern passierte, nur ein kleiner Vorgeschmack gewesen. Im Reich geht es um die Gestaltung der Sozialpolitik, um die Verteilung der Steuerlasten, und so wird der konservative und ehemalige Finanzminister Dreiklassen-Preußens für die Grogrundbesitzer, die Kapitalisten, die Arbeitgeber, die Hauswirte schon der richtige Mann sein. Reichsregierung Hergt, das heißt: Fort mit den Resten des Lichtstundentags! Die Arbeitgeber wieder Herren im Hause! Lebensmittelpreise! Möglichst hohe Verbrauchssteuern, möglichst niedrige Besitzsteuern!

Erfüllungspolitik durch Hergt heißt: Erfüllung nur durch die breiten Massen!

Nach der Verfassung, die Herr Hergt beschwören muß, wenn er Reichskanzler werden will, kann eine Regierung nicht im Amte bleiben, wenn ihr der Reichstag das Vertrauen nicht gibt. Herr Hergt hat sich noch nicht darüber ausgesprochen, wie er das Vertrauen des Reichstags gewinnen will.

Sein Verhältnis zu den „Marxisten“ ist von vornherein gegeben. Den Völkischen hat er bereits einen staatsmännischen Tritt verfehlt. Er braucht, um eine verfassungsmäßige Regierung zu bilden, die Unterstützung der bürgerlichen Mittelparteien. Es geht wahrscheinlich nicht ohne Demokraten, es geht sicher nicht ohne Volkspartei und Zentrum.

Man darf den Äußerungen dieser Parteien zum Regierungsprogramm des deutsch-nationalen Führers mit Interesse entgegensehen.

### Rückkehr des Reichspräsidenten.

Berlin, 7. Mai. Der Reichspräsident ist heute früh aus Mergentheim nach Berlin zurückgekehrt.

### Die Mandate der Splitterparteien.

Zur Frage der Mandatzuteilung in den Wahlkreisverbänden.

Genosse S. Ragenstein, der in der Nationalversammlung Berichterstatter über das Wahlgesez war, sendet uns die folgenden Darlegungen:

In Nr. 210 des „Vorwärts“ wird die Meinung, daß eine Partei, die in keinem Wahlkreis 60 000 Stimmen erhalten hat, durch Listenverbindung im Wahlkreisverband ein Mandat erhalten könne, als unrichtig bezeichnet. Das ist sie aber nicht. Wenn § 31 des Reichswahlgesezes von Zuteilung eines „weiteren“ Mandats spricht, so bezieht sich das „weitere“ nicht auf die betreffende Partei, als ob diese schon vorher ein Mandat in einem der beteiligten Wahlkreise erhalten haben müßte, sondern auf die Gesamtheit der unter die verschiedenen Parteien verteilten Mandate, denen aus den Reststimmen weitere zugefügt werden. Und zwar auf je 60 000 vereinigte Reststimmen ein Sitz, was keinen Sinn hätte, wenn es sich um nur eine Partei handelte, die ja in diesem Falle nie mehr als einen Sitz gewinnen kann. Es hätte auch keinen Sinn, im Besetze mindestens 30 000 Stimmen in einem Kreise zu fordern, wenn die Wahl eines Abgeordneten, d. h. 60 000 Stimmen, Voraussetzung wären.

Bei der Beratung des Wahlgesezes in der Nationalversammlung (am 22. April 1920) hat der Berichterstatter (Bd. 333, S. 5332) ausgeführt:

Die vereinigten Reststimmen . . . kommen dann der Partei zugute, sofern in den vereinigten Wahlkreisen der Quotient von 60 000 erreicht wird.“

Ebenso wird bei der Reichsliste von den kleinen Gruppen gesprochen, denen es nicht gelungen ist, in einem Wahlkreis oder Wahlkreisverband einen Sitz zu gewinnen.

Diese Auslegung hat von keiner Seite in der Beratung Widerspruch erfahren. Der zuständige Minister Koch hat sich (S. 5336) ohne Einschränkung auf die Angaben des Berichterstatters bezogen.

Damals ist z. B. die Wahl des Herrn Kunze, so wenig ehrenvoll ein solcher Zuwachs für den Reichstag sein mag, nach den Ergebnissen in Berlin und Potsdam 2 umzweifelhaft.

### Brauns Doppelmandat.

Der preussische Ministerpräsident Abgeordneter für Düsseldorf-West.

Bekanntlich ist der preussische Ministerpräsident, Genosse Otto Braun, sowohl in Ostpreußen wie im rheinischen Wahlbezirk Düsseldorf-West als Spitzenkandidat gewählt worden.

Genosse Braun wird die Wahl in Düsseldorf annehmen. An keiner Stelle wird dann für Ostpreußen der dritte Kandidat auf der Parteiliste, Parteisekretär Hermann Schulz-Königsberg, in den Reichstag einziehen.

### Wer ist der Sieger?

Die „Germania“ beschäftigt sich mit der Ausdeutung des Ergebnisses der Reichstagswahl. Sie wendet sich gegen die Auffassung, daß die Wahl einen starken Rück nach rechts bedeute. Dabei geht sie von den Voraussetzungen aus, daß der Inhalt der Parteien von 1924 ein anderer sei als der von 1920. Damals sei die Deutsche Volkspartei eine Rechtspartei gewesen, heute sei sie eine Mittelpartei. Auf dieser Grundlage berechnet sie, daß die bürgerliche Mitte ihre Stimmen von 9 798 188 im Jahre 1920 auf 10 442 042 Stimmen im Jahre 1924 gesteigert habe. Sie zieht die Schlussfolgerung:

„Einer ausgesprochenen Rechten von 8 426 265 Stimmen steht eine Mitte von 10 442 042 Stimmen gegenüber. Die Psychologie des deutschen Wählers zeigt also, abseits von verwerflichen Parteienamen unterteilt, eine kleinere Rechte und eine größere Mitte als 1920. Das wird man festhalten müssen, denn der politische Inhalt des Wahlergebnisses liegt vor allem in dem großen Unterschied des wirklichen Inhalts der 1920 und 1924 der Deutschen Volkspartei, Bayerischen Volkspartei und anderen Gruppen erteilten Stimmen.“

In dieser Berechnung liegt eine Abwehr der Machtsprüche der Deutschnationalen. Die wirkliche Abwehr jedoch besteht nicht in Zahlenangaben. Ebenso wie der wirkliche politische Inhalt der errechneten bürgerlichen Mitte wird sie zutage treten müssen bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung und den künftigen politischen Kurs.

### Die Fraktionen des Reichstags.

Nach den amtlichen Veröffentlichungen des Reichswahlleiters im „Reichsanzeiger“ sind bisher — außer den von uns schon genannten Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion — folgende weitere Abgeordnete sicher gewählt:

Zentrum: 63. Dr. Fleischer, Dr. Häfke, Buchholz, Schulte, Dr. Berthius, Wilkens, Wügla, Erhardt, Zipper, Dr. Brauns,

Reinemann, Herold, Stegerwald, Dr. Schreiber, Lange-Hergermann, Dr. von Hannel, Jandusch, Schulz-Gahmen, Beder, Rheinländer, Frau Neuhaus, Schwarz, Crone, Koll, Roos, Frau Teusch, Hofmann, Frau, Sinn, Gerig, Dr. Scheller, Dr. Koor, v. Overard, Reyles, Treumel, Kerpl, Dr. Marz, Giesberts, Schlad, Dr. Bell, Wieser, Blum, Richter, Altscholtz, Holz, Andre, Feilmayer, Groß, Lehmann, Dr. Witt, Dietz, Feing, Damm, Dr. Bodius. (Weitere Namen enthält die amtliche Liste noch nicht.)

Demokraten: 28. Dr. v. Siemens, Frau Dr. Säders, Dr. Bernburg, Dr. Bergsträßer, Rektor Koylich, Schäffer, Gerland, Graf von Bernstorff, Koch, Freiherr v. Nidderhagen, Ziegler, Schilling, Erkelenz, Dr. Koll, Dr. Gög, Brodauf, Dr. Wieland, Dr. Heuß, Dieblich, Koresl, Bött. (Weitere Namen enthält die amtliche Liste noch nicht.)

Kommunisten: 62. Hendemann, Frau Gothe, gen. Ruth Fischer, Eichhorn, Dr. Rosenfeld, Giesche, Bierack, Schoten, Schädel, Müller, Obendick, Schmidt, Jodisch, Sander, Creutzberg, Roenen, Schumann, Bohemann, Höllein, Schubert, Heym, Urbahn, Meisen, Koh, Masowski, Schöll, Hofenbaum, Fröhlich, Frau Bodenstedt, Frau Jettin-Zundel, Gloria, Keiler, König, Stöcker, Langenfeld, Schärer, Schwarz, Eppstein, Buchmann, Meyer, Rödel, Strügel, Rogel, Hecker, Grabe, Koller, Steiner, Remmle, Kuntler, Ebner, Thälmann, Dr. Herzfeld. (Weitere Namen enthält die amtliche Liste noch nicht.)

Deutsche Volkspartei 44. Dr. Scholz, Dr. Koll, Dr. Strefemann, Schnee, v. Kemnitz, Dr. Wittenmann, Frau v. Rheinbaben, Beiermann, Dr. Kulenkamp, Thierkopf, Dr. Cremer, Bentheuser, Beythien, Dr. Runkel, Dr. Biltmeier, Albrecht, Krumm, Dr. Hugo, Engberding, Binnefeld, Glingpor, Dr. Kalle, Herr, Dr. Weidenhauer, Kempke, Wams, Dr. Koll, Dr. Heine, Dr. Schmeller, Dr. Wundelich, Thiel, Brünninghaus, Vides, Dr. jur. Curtius, Dr. Beder, Dauch. (Weitere Namen enthält die amtliche Liste noch nicht.)

Deutschnationale 96: Fietzler, Wormit, Behrens, Graf zu Eulenburg, Henkel, Paul, v. Sperber, Raderer, Berndt, Wischnowski, Graf Beckers, Geisler, Dyker, Stubbenborg, Dr. Steininger, Krüger-Hoppenrade, Ludwig, Wege, Bruhn, Dr. v. Reubell, Schulze, Lindner, Schlang-Schönigen, Hoffmann, Sanden, Bösch, Schulz, Schmidt, Schott, Frau v. Nidderhagen, Hüller, Susann, Breslau, Frau v. Frentag-Corinnohosen, Dr. Lejume-Jung, Herrg, Schröder, Wanke, Wolf, Schütz, Rieseberg, Martin, Meier, Leopold, Dr. Herold, v. Goldacker, Graf-Ehrenh, Dr. Oberjohr, Thomsen, Wöhlmann, Frau v. Bismarck, Hart, Schmidt, Dr. Blumberg, Bogemann, Dr. Hupenberg, Treutmann, Dr. Rumm, Rippel, Dr. Heffrich (inzwischen verstorben), Lind, Hartwig, Bedt, Balkra (zweimal gewählt), Frau Kruhous, Dr. v. Drnander, v. Tirpitz, Weindöck, Bachmann, Dr. Straßmann, Dr. Reichert, Domsch, Hartmann, Paul, Dr. Philipp, Dr. Höplich, Biener, Dr. Barth, Bohlke, Siller, Graf, Breckelbaum, Dr. Everling, Dr. Japt. (Weitere Namen enthält die Liste noch nicht.)

Deutschnationale 32. v. Kamin, Bullt, Ahlmann, Dr. Böhlen, Sailerphade, Chmatal, Stöck, Graf zu Reventlow, Henning, Weidenhöfer, Blume, Dr. Frid, Jafob, Koll, Dr. Roth, Dietrich, Dr. Ganzer, Kuchel, Fröhlich, Heber, Mergenthaler, v. Graefe. (Weitere Namen enthält die amtliche Liste noch nicht.)

### Vertrauen in die Zukunft!

Über den Wahlausfall in Deutschland schreibt unser Wiener Bruderblatt die „Arbeiterzeitung“:  
„So schwer die Verluste sind, die die Partei am Sonntag erlitten hat, sie sind kleiner, als es viele gefürchtet hatten. ... Zwei Drittel der deutschen Arbeiterklasse stehen immer noch in ihrem Lager. Und dafür, daß sie wiedergewinnt, was sie diesmal verloren hat, wird die Entmutigung sehr schnell sorgen.“

Denn die Parteien, die im Wahlkampf die nationalsozialistischen Stimmungen aufgeweckt, die Sozialdemokraten wegen ihrer Friedenspolitik bekämpft haben, werden binnen weniger Wochen vor einer unüblichen Aufgabe stehen. Die erste Frage, über die der Reichstag zu entscheiden haben wird, ist die: **Kann man aber Ablehnung des Sachverständigenratsgutachtens?** Zum haben sich im Wahlkampf die Deutschen nationalisten, die Nationalisten und die Kommunisten auf die Ablehnung festgelegt. Im neuen Reichstag mag gegen diese drei Parteien noch eine einfache Mehrheit vorhanden sein, aber keine Zweidrittelmehrheit; und zur Annahme eines wesentlichen Teiles des Sachverständigenratsgutachtens, zur Internationalisierung der Reichsbahnen, ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Die Nationalisten und die Kommunisten werden nun vor der Wahl stehen: entweder die Durchführung des Sachverständigenratsgutachtens zu ermöglichen und damit ihre Wahlpotentialien sofort nach der Wahl zu verweigern oder aber das Sachverständigenratsgutachten wirklich zu Falle zu bringen und damit das Reich in den schwersten Konflikt mit Frankreich zu stürzen. Dem

### Philister über mir!

Von Käthe Marcus.

Über sumpfige Wiesen ist ein leuchtendes Reg von Sumpfdotterblumen geworfen. Ein kleiner Abhang sprüht goldene Stränder, sternhaft erblüht. In klaren Bächen spiegelt der Weiden lockeres Gesange. Über den Brückenweg geht eine Frau, lüchelnd, hochbrüstig aufgeregt, als hätte die leichte Luft ihre Gelenke besetzt.

Aber der kleine Bahnhof ist steingrau und trüb. Gefächlos starren die Häuser in Pfählen hinab. Aus den geöffneten Fenstern dringt dumpfer Geruch gefangener Daseins. Alle Stuben sind gleich: mit der verlogenen Hierschnurerei der Vertikons und den furchbaren Druden über dem Sofa. An diesen Vertikons und diesen bildlosen Bildern stößt der Blick. Ein Fremder, heimatsvertrieben, lausche ich in jede Haustür hinein. Aber die Stimmen sind hoch, geirret, trüben am Boden hin. Hier gibt es keinen Klang, keine Farbe. Leben verfliehet am „Blumen-lapeten.“

Das „Bereinshaus“ ist aus preußischen Steinen gebaut, aus roten rechteckigen, staubgrauen Steinen, die im Regen ganz schwarz werden. Im Saal hat man lange Tische hülsenförmig aufgestellt und mit rotgemauerten Tischen bedeckt. Kaffeetassen und Biergläser stehen unregelmäßig durcheinander. Die Luft riecht nach altem Zigarrenquart. Auf dem Podium steht ein kleiner Tisch, der auch grauer „gedeckt“ ist.

Ich gedenke mit dem „Vorstand“, einem langen, blonden Herrn, der mich um Kopfslänge überragt. Er ist auf mein leibliches Wohl bedacht und bietet mir mit der größten Seriosität des Landesfürstlers, alle irdischen Getränke an.

Ich wage nicht im Saal umschau zu haben. Aber ich höre den leeren gequollenen Teller des norddeutschen Tisches. Dann ist es so weit, daß ich anfangen kann: „Hiermit erlaube ich unserer Referentin das Wort.“ — Ich bilde zum erstenmal umher, während mein Mund die übliche Anrede formt. Mit offenen Augen frage ich in diese Menschen hinein und werfe erste, klammernde Worte wie Angelischmüre aus. Aber meine Augen sehen ohne Antwort zurück, und die Angelischmüre steigt auf den Sand.

Meine Stimme fällt sich mit Klang. Mein Willen haßt jedes Wort. Ich forme den Sinn aus meinen Händen heraus. Reden heißt aufglücken wie eine Jacke bei Nacht. Reden heißt: Jahre voll Kompf, Artium, Geschick in Worte bannen. Reden heißt: ganz ich selbst sein zum Sieg der Sache.

Inner noch Neben Männer und Frauen, lässig gebüet, an den langen Tischen. Ihre Augen sind blinde Spiegel, in denen ich nur mein eigenes Gesicht veranschaulichen sehe. Ihre Hände fangen greiflos an Blasen und Westen herum.

Noch einmal steige ich auf, unbeschwert schreitend. Rufend gehen meine Hände voraus. Ich muß euch zwingen, ihr Hausfrauen,

nationalistischen Kausch, der bei dieser Wahl gestagt hat, wird die Ermächtigung schnell folgen: man konnte in dem erregten Lande unüber Stimmen fangen, indem man den Revanchekrieg (sei es unter der Schwarzweiskraut, sei es unter der Sowjetflagge) versprach, oder man wird sich haben, den Krieg mit der nackten Faust gegen die eisenstrotzende Gewaltmächte der französischen Militarismus wirklich zu beginnen. Binnen wenigen Wochen wird das deutsche Volk, aus dem nationalsozialistischen Kausch erwachend, erkennen, daß keine andere Politik möglich ist als die des Friedens, der Verständigung, der Erfüllung — als die Politik der Sozialdemokratie! An dem Tage, an dem die Politik des Revanchekrieges an den harten Tagelassen der internationalen Machtverhältnisse scheitert, beginnt das Wiedererkennen der Sozialdemokratie, beginnt ihr Kampf zu ihrem Revanchekrieg!

### Der bayerische Landtag.

Man weiß nicht, wie er aussteht.

München, 7. Mai. (L.) Nachdem die Landtagswahlen nunmehr auch in der Pfalz stattgefunden haben, werden neuerdings Versuche gemacht, die Zusammensetzung des neuen bayerischen Landtags festzustellen. Die Berechnungen der „München-Kuglburger Abendzeitung“ führen zu dem Ergebnis, daß der Bäckische Block 23, die Vereinigte Nationalistische Rechte 11, die Bayerische Volkspartei 46, der Bauernbund 10, die Sozialdemokraten 23, die Kommunisten 9, die Nationalsozialisten 1, die Christlichsozialen 2, die Demokraten 3 und die Beamtenliste Kratofiel 1 Mandat erhalten. Der „Bayerische Kurier“ meint dagegen, daß die Gruppe Kratofiel kein Mandat treffe; im übrigen hält das Blatt die Berechnungen auch jetzt noch für so schwierig, daß die Entscheidung des Bundeswahlausschusses abgewartet werden müsse.

### Sie wollen nicht pfeifen ...

München, 7. April. (L.) Wie erinnerlich, hat vor kurzem der Nationalsozialist Hermann Esser verlangt, daß die öffentlichen Abgeordneten im Landtag mit den Pulverkeulen und mit Pfeifen solange säumen sollten, bis dieser freigelassen sei. Es ist bemerkenswert, daß das amtliche Organ des öffentlichen Rechtsblocks in Bayern, die „Deutsche Presse“, dieser Parlamentaristik nunmehr entgegentritt und schreibt: Nicht Gärm, Tumult und sinnliche Phrasen, sondern Taten erster Pflichtenkenntnis müßten die Bahn der öffentlichen Parlamentsarbeit sein.

### Der neue württembergische Landtag.

Stuttgart, 7. Mai. (L.) Nach den Mitteilungen des Landeswahlleiters stellt sich das vorläufige Landtagswahlergebnis in Württemberg wie folgt: Abgeordnete für den Bauern- und Weingärtnerbund 240 162, Deutschdemokraten 125 6621, Deutsche Volkspartei 55 040, Freiwirtschaftsbund 3749, Kommunisten 138 583, Landvolksbund 627, Vaterländischsozialistischer Rechtsblock 124 508, Vereinigte Sozialdemokraten 190 323, Bäckischsozialer Block 17 283, Bund der Frauen 15 078, Zentrum 218 704, insgesamt 1 189 675 gültig. Bei der Verteilung der 56 Bezirksitze und der 24 Landesitze scheiden aus: der Freiwirtschaftsbund, der Land- und Volksbund sowie der Volksbund der entrechteten und betrogenen Sparer, da sie weder in einem Bezirk die Wahlzahl (1 189 675 : 56 = 21 244), noch in vier Wahlbezirken je ein Viertel der Wahlzahl (1858) erreicht haben. Von den 56 Bezirksitzen und 24 Landesitzen erhalten: Bauern- und Weingärtnerbund 12 Bezirksitze und 3 Landesitze, zusammen 17; Deutschdemokraten 6 Bezirksitze und 3 Landesitze, zusammen 9; Deutsche Volkspartei 2 Bezirksitze und 1 Landesitz, zusammen 3 Sitze; Kommunisten 7 Bezirksitze und 3 Landesitze, zusammen 10 Sitze; Rechtsblock 6 Bezirksitze und 2 Landesitze, zusammen 8 Sitze; Sozialdemokraten 9 Bezirksitze und 4 Landesitze, zusammen 13 Sitze; Bäckischsozialer Block 2 Bezirksitze und 1 Landesitz, zusammen 3 Sitze; Zentrum 12 Bezirksitze und 5 Landesitze, zusammen 17 Sitze.

Eintreffensbot für Solmann. Der Reichstagsabgeordnete Solmann sollte am 24. Mai auf der kaiserlichen Haupttagung der Sozialdemokraten sprechen. Obwohl die Parteileitung die Erklärung abgegeben hatte, daß sich der Redner jeder Behandlung kaiserlicher Fragen enthalten wolle, hat die Regierungskommission es abgelehnt. Solmann die Einreise zu gestatten.

Lächler, Handelsagenten und Detailisten! Auf meinen Weg! Eurer geht ins Meer.

Der „Vorstand“ zieht verstoßen die Uhr. In dieser goldenen Kaput zerbricht mein Strohl, fällt wie tot herab. — Unter dem Geräusch des Hüftelackens gehe ich vom Podium herunter, lasse mir die Hand schütteln und lächle stumpf. Keine überwachten Ohren hören vom Ende des Tisches die Worte: „Den ganzen Abend denke ich darüber nach, ob ich das Bäckel abgeschossen habe. Mein Mädchen ist fürchterlich nachhaft.“

Ich suche im ganzen Saal ein Menschengesicht. Eins ist da. Es ist das einer Frau, die mich aus grünen Augen anspricht: „Heidin!“ Zu ihr gehe ich hin und biete ihr die Hand. Aber da schrumpft sie zusammen und stottert das ärmliche, verzerrte Lächeln der Krümmersfrau.

### „Im Geiste der Völkerveröhnung“.

Kürzlich hat der preussische Kultusminister Dr. Voellig Richtlinien für einen Lehrplan der Deutschen Oberschule veröffentlicht. Es wird darin mit Recht verlangt, daß in Geschichte und Staatsbürgerkunde die staatsrechtlichen, volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart und Vergangenheit durchgenommen sind. Aber der Minister hat nicht gebührend berücksichtigt, daß der Unterricht nach Artikel 148 der Reichsverfassung „im Geiste der Völkerveröhnung“ zu erteilen ist.

Zu den Verbrauchern der Quinta sollen z. B. des „Helbenzeitalters der Völkerveröhnung“, die großen Kaiser des frühen Mittelalters, die Blüthezeit der ritterlichen Kultur sowie der dreißigjährigen Krieg und die Befreiungskriege gehören, zu denen der Quarta die „Helbengehalten“ aus dem Zeitalter der griechischen Freiheitskriege, „eine ausführliche Darstellung der Taten Alexanders“, der großen Persönlichkeiten aus dem Zeitalter der Punischen Kriege. Dies läßt darauf schließen, daß die Hauptgegenstände in Geschichte auch weiterhin Monarchen und Kriege sein werden. Wenn nach dem Lehrplan für Obertertia dem Bedürfnis der Jugend für Helbenderhöhung durch die Darstellung heldenhaften Verlorern und Volkstebens Rechnung getragen werden soll, so hätte bestimmt werden müssen, daß den Herzen der Schüler auch die Persönlichkeiten näher zu bringen sind, die sich um die Friedensbewegung Verdienste erworben haben. In Untersekunda sollen die Verteilung der Erde, insbesondere die Entstehung des englischen und russischen Weltreichs und das Emporkommen der außereuropäischen Mächte (Japan und Nordamerika) und „das Wiedererkennen des französischen Imperialismus“ durchgenommen werden. Aber von der Berücksichtigung der pazifistischen Strömungen in diesen Ländern steht in dem Lehrplan nichts. Nur für den staatsbürgerlichen Unterricht in Oberprima sind das Völkerveröhnung, die überstaatliche Organisationen und der Völkerveröhnung vorgesehen. Ist es denn der Wille des Ministers, daß die vorher abgehenden Schüler davon in der Schule nichts erfahren? Dies sind aber etwa vier Fünftel. Ebenso wenig wie der Lehrplan in Geschichte ist mit der Reichsverfassung der im Deutschen vereinbar, da unter den zur Verfügung

### Doppeldemonstration in Halle.

Zu den verschiedenen Meldungen über die beabsichtigte Feier bei der Einweihung des Volke-Denkmal in Halle teilt der Antislavische Pressedienst nunmehr die von der ausländischen Stelle gegebenen Anweisungen mit: Es sollen zwei Feiern in Halle stattfinden, eine auf dem Denkmalplatz und eine zweite auf einem noch nicht endgültig festgelegten freien Platz außerhalb des Reichsbildes der Stadt. Diese beiden Feiern werden von der besonders verstärkten halleischen Schutzpolizei bewacht und geschützt, daß Störungen und Sprengungsversuche verhindert werden. Öffentliche Umzüge aber, geschlossene Märsche nach den Versammlungsorten usw. bleiben, um Aufstrebungen und bedrohlichen Zwischenfällen vorzubeugen, untersagt.

### Der Reichskanzler über Reparationspolitik.

Rom, 7. Mai. (E.) Reichskanzler Dr. Marz gab dem Berliner Korrespondenten der römischen „Tribuna“ folgende Erklärung über die deutsche Reparationspolitik ab:

Nach reiflicher Überlegung hat die deutsche Regierung beschloffen, den von den Sachverständigen zur Lösung der Reparationsfrage vorgeschlagenen Weg einzuschlagen. Ich bin überzeugt, daß auch die Mehrheit des deutschen Volkes die Haltung der Regierung billigt. Doch fragen wir uns, ob dieser Weg uns die Freiheit bringen wird. Ich habe wiederholt betont und betone noch jetzt, daß der Zweck unserer Erfüllungspolitik die Freiheit Deutschlands ist. Um frei zu werden, haben wir finanzielle und materielle Opfer aller Art übernommen und die Last des Widerstandes an Rhein und Ruhr getragen. Um den Sachverständigenberichten nachzukommen, muß die finanzielle und wirtschaftliche Souveränität Deutschlands in den besetzten Gebieten wieder hergestellt werden. Nur unter dieser Voraussetzung hat die deutsche Regierung den Sachverständigenberichten grundsätzlich zugestimmt. Trotz des ersten Zweifels, daß die Sachverständigen unsere Zahlungsfähigkeit überschätzt haben, indem sie von günstigen politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen ausgingen, trüpfen wir an die Sachverständigenberichte die Hoffnung, daß sie durch Arbeit und Opfer dazu helfen werden, daß Deutschland seine Freiheit wiedererlangt. Wir erwarten ebenso bestimmt, daß die große Zahl unserer Staatsangehörigen, die in französischen und belgischen Kerlern schmachten oder als ausgewiesene Genungen sind, fern von ihrer Heimat zu leben, endlich die Freiheit zurückerlangen und zu ihren Familien zurückkehren können.

Über den Vertrag von Versailles erklärte Reichskanzler Marz: Die Rechtsgrundlage des Versailles Vertrags muß erneuert werden. Nationalität muß anerkannt werden, daß Deutschland mit dem Versailles Vertrag nicht nur Pflichten übernommen, sondern auch Rechte erlangt hat, die ihm nicht bestritten oder geschmälert werden dürfen. Gestützt auf die Sachverständigenberichte, muß eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werden, die nach unserer Ansicht ungerochen, sogenannten Sanktionen müssen aufhören. Nur auf der rechtlichen Grundlage des Versailles Vertrags und besonders auf dem Gebiete des Rheinlandabkommens kann man verlangen, daß das deutsche Volk die schweren Lasten der Reparationen trägt. Alles, was Deutschland ungerecht betastet, muß beseitigt werden.

### Hungerstreik französischer Soldaten?

Paris, 7. Mai. (E.) Die „Humanité“ teilt mit, daß in Mainz 100 wegen ihrer Teilnahme an der Maljeer gefangene gehaltene Soldaten in den Hungerstreik getreten sind.

Kabel in Berlin. Die Telegraphen-Union meldet, ist Robert auf seinem Wege von Kraslaw nach London in Berlin eingetroffen. Er wird an den russisch-englischen Verhandlungen in London teilnehmen.

Die holländisch-russischen Verhandlungen in Berlin sind abgebrochen worden. Die erwartete Einigung konnte nicht erzielt werden.

Der Kausland auf der Insel Raba möchte noch immer. Die kubanische Regierung hat die Vereinigten Staaten um Waffen für 400 000 Dollar ersucht.

empfohlenen Schriften pazifistische nicht genannt sind. In Quarta sollen u. a. griechische und römische, in Secia deutsche Sagen gelesen werden, z. B. solche über Hagen, Zwerge, Riesen, Eisen, aber in keiner Klasse Lesestücke, in denen das internationale Leben und die Schlichtung von Völkerveröhnungen durch Schiedsgerichte behandelt werden. Bei der deutschen Lesestücke soll in Obersekunda das lateinische Mittelalter unter den Karolingern und Ottonen in einer Übersicht charakteristischer Ueberlegungen berücksichtigt werden. Über für keine Klasse ist gefordert worden, daß ein bedeutender ausländischer Pazifist in deutscher Uebersetzung, z. B. Tolstoi, zu lesen ist.

Gegen diesen Lehrplan muß ein so schärfer Einspruch erhoben werden, als zu befürchten ist, daß er in den der anderen Schularien übernommen wird. Für die danach unterrichteten Schüler ist die Geschichte nicht ein Mittel, die Gegenwart besser zu verstehen. Es werden vielmehr weltfremd erzogen, zu Menschen, die dem Geiste der Reichsverfassung innerlich fern stehen.

Der Minister hat in Königsberg bei der Kant-Feier gesagt, die Neuordnung des Schulwesens sei ein Kranz, den Preußen am Grabe eines großen Schers niederlege. Der Geist, in dem dieser Lehrplan verfaßt worden ist, ist aber nicht der Geist des internationalen Kant.  
Dr. Erich Witte.

Professur Hohenegg verurteilt. Die Wiener Verzeikammer hat gegen den Hofrat Prof. Hohenegg, der sehr schwere Beschuldigungen gegen einen Teil der Kurze wegen Annahme von Provision bei der Zumeilung an Spezialärzte und bei Operationen gerichtete hatte, vor dem Ehrenrat der Verzeikammer das Urteil gefällt. Der Hofrat wurde zur Disziplinarstrafe der Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts für die Kammer auf drei Jahre und zum Trooen der Kosten des ehrenrührigen Verfahrens im Betrage von 300 000 Kronen verurteilt. In der Beurteilung des Urteils wird erklärt, daß die von der Verzeikammer eingeleitete Untersuchung sowie die Auslage der Journalen die Grundlosigkeit der von Hofrat Hohenegg erhobenen Beschuldigungen ergeben haben. Demgegenüber bleibt Hofrat Hohenegg bei allen seinen erhobenen Vorwürfen.

Museumsführung. Sonntag, den 11. 10 Uhr vorm., findet eine wissenschaftliche Führung im Altes Museum (Antiquarium, Galie und Silbergerät, Dr. Reugebauer) statt. Eintrittskarte sind vor Beginn am Eingang des genannten Museums erhältlich. Mehr als 25 Jahre können nicht zugelassen werden.

Der verlebte Herrns. Die Wessellener haben sich der Ansiedlung der griechischen Flüchtlinge aus Kleinasien mit vielem Eifer angenommen. Dafür wollen sich die Griechen nun dankbar ergeben. Die der Jahre des Nationalität des Völkerveröhnung für den naben Osten, der hürdere amerikanische Politik in Konstantinopel Demo Moogentbau, mitteilte, daß die griechische Regierung beschloffen, als Zeichen der Dankbarkeit den Herrn des Brasigoteles, einen der größten Schätze der altgriechischen Kunst, den Vereinigten Staaten zu schenken. Das kaiserliche Kabinet soll in verschiedenen nordamerikanischen Museen ausgestellt werden.

Schweizerische Capobianca Mitglied der revolutionären Junta. Nach amerikanischen Berichten ist der Schwammerler Capobianca Mitglied der revolutionären Junta von Cuba, Capobianca gab eine Erklärung darüber ab, stellte aber nicht in Abrede, daß er Kenntnis gehabt habe von den Plänen der Revolutionäre.

## Poincaré und die Internationale.

Die in dem größten Teil unserer heutigen Morgenausgabe wiedergegebene Rede Poincarés bildet den schlagendsten Beweis dafür, wie verhängnisvoll die Verstärkung der Rechtsparteien, verbunden mit der Ausspeisung der nationalistischen Welle in Deutschland, auf die weitere Entwicklung der internationalen Politik eingewirkt hat. Wie nicht anders zu erwarten war, lieferte der Wahlsieg in Deutschland Poincaré die besten Argumente, um seine Politik der Sanktionen und Besetzungen zu rechtfertigen und an die französischen Wähler zu appellieren, bei dem am Sonntag stattfindenden Kammerwahl dem Nationalen Bloc ihre Stimme zu geben.

Noch ein anderes Moment ist in Poincarés Rede von Bedeutung. Der ganze zweite Teil seiner Ausführungen war eine scharfe Kampfanlage gegen unsere französischen Genossen wie gegen die sozialistische Internationale überhaupt, deren Wirken er mit Recht als die größte und nachhaltigste Bedrohung seiner gegen Deutschland gerichteten Politik betrachtet. In heftiger Weise wandte er sich gegen einen Artikel unseres französischen Genossen Léon Blum, in dem die französische Reparationspolitik bekämpft wurde, und drohend erklärte er, daß die französische Regierung nicht geneigt sein werde, das Schicksal Frankreichs auf außenpolitischem Gebiet auf den internationalen Konferenzen einer politischen Partei entscheiden zu lassen. Damit hat Poincaré auf das nachdrücklichste betont, daß er die sozialistische Internationale, als deren Bestandteil unsere französischen Genossen den Kampf gegen die Politik Poincarés führen, als seinen Hauptfeind betrachtet.

Für die Klärung der Verhältnisse in Frankreich ist diese Stellungnahme zu begrüßen. Die französischen Wähler werden am kommenden Sonntag entscheiden können, welche Politik sie vorziehen: die des nationalen Blocs, die auf die Bewerigung der europäischen Krise und auf die Stärkung des deutschen Nationalismus hinsteuert, oder die der Sozialisten, die in gleicher Weise den Nationalismus in Frankreich und Deutschland bekämpft und eine Verständigung zwischen beiden Ländern herbeiführen will. Aber auch für Deutschland ist die Kampfanlage Poincarés gegen den Sozialismus von Bedeutung. Sie zeigt auf das eindringlichste, wie verlogen das Geschrei der deutschen nationalistischen Presse ist, daß die Verständigungs- und Erfüllungspolitik der Sozialdemokratie die „deutschen Belange“ gefährdet und zu einer „Verflorung“ Deutschlands geführt habe. Gerade das Gegenteil ist richtig. Wenn jetzt in vielen Ländern eine für Deutschland günstige Stimmung vorherrscht, so ist das vor allen Dingen dem unermüdbaren Wirken der verschiedenen Sektionen der sozialistischen Internationale zuzuschreiben. Poincaré weiß sehr wohl, weshalb er sich gegen das Auftreten der deutschen Sozialdemokraten auf verschiedenen internationalen Konferenzen im Sinne einer Revision der Friedensverträge wendet. Aber jene deutschen Vaterlandspatrioten, die noch wie vor die internationale Verständigungspolitik der Sozialdemokratie als „höcherrätlich“ bekämpfen, wissen entweder nicht, was sie tun, oder sie arbeiten bewußt, um ihrer ersten Partei- und Klasseninteressen willen, dem „französischen Erbfeind“ in die Hände.

## Gefängnisterror in Polen.

Warschau, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht vom 20. April wurden hier, offensichtlich in Verbindung mit der erwiderten Raiffeisler, zahlreiche Personen verhaftet. Von den Verhafteten sind 11 Personen freigelassen und unter Polizeiaufsicht gestellt worden, während 78 auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Gefängnis zurückbehalten wurden, weil angeblich bei ihnen Gegenstände gefunden wurden, die auf eine Beteiligung an einer „staatsfeindlichen Aktion“ hindeuten. Diese Begründung ist natürlich nur eine Fiktion. In Wirklichkeit handelt es sich um eine brutale Polizeigewalt gegen die Arbeiterklasse.

Das Antirepublikanische Pariser Organ „Le Nouveau“ veröffentlicht einen von führenden Persönlichkeiten des politischen und geistigen Lebens Frankreichs, darunter Herriot, Romain Rolland, unseren Genossen Léon Blum und Paul Boncour, u. a. unterzeichneten Protest gegen den weißen Terror in Polen. In den Gefängnissen Polens, heißt es darin, „schmachten heute nicht weniger als 3000 politische Gefangene, Arbeiter, die wegen Teilnahme an Streiks pervertiert wurden, ukrainische Bauern und Wehrleute, die für ihre Stammesbrüder die nationale Unabhängigkeit zu fordern gewagt haben, Intellektuelle, deren einziges Verbrechen darin bestand, Aufklärung in die Massen getragen zu haben. Beschimpft, mißhandelt, in ungeheizten, vor Schmutz strotzenden Zellen mit gemeinen Verbrechern zusammengepackt, ungenügend ernährt, sind diese Gefangenen einer Behandlung ausgesetzt, die bereits mehrere von ihnen den freiwilligen Tod der unerträglichen Folter hat vorziehen lassen. In den Gefängnissen von Krakau, Lemberg und Lodz sind seit dem 13. März hunderte dieser Unglücklichen in den Hungerstreik eingetreten, um wenigstens die Reinigung ihrer Zellen, die Erlaubnis zum Baden, zum Schreiben und zum Empfang von Besuchen durchzusetzen. Im Namen der Menschlichkeit protestieren wir auf das heftigste gegen diesen Mißbrauch der Gewalt und verlangen, daß den elementarsten Forderungen dieser unglücklichen Gefangenen Rechnung getragen wird.“

## Baifestimmung an der Börse.

Die heutige Berliner Börse zeigte bei äußerst stillem Geschäft in schwankender, im weiteren Verlaufe jedoch stark nachgiebiger Haltung. Drückend auf die Tendenz wirkten die Nachrichten aus dem Ruhrgebiet, während im übrigen die immer noch äußerst schwierige Lage des Geldmarktes und Gerüchte von größeren oder kleineren Zahlungsschwierigkeiten das Kursniveau herabdrückten. Die Nachricht, daß das Bankhaus Stern in Dortmund unter Geschäftsaufsicht gestellt worden ist, gab der Baifestimmung wiederum die Vorhand, obgleich das genannte Institut nicht eben von allzu großer Bedeutung für den hiesigen Platz ist.

In diesem Zusammenhang scheint man auch dem neuesten Reichsbankausweis größere Beachtung, der trotz der üblichen Weise am Monatsende ausweichenden Kreditbedürfnisse keine wesentliche Zunahme der Kreditgewährung aufweist. Die Abschwächung der Tendenz zeigte sich im weiteren Verlaufe in noch härterem Waha fort, da auch aus Hamburg neue Schwierigkeiten einer größeren Firma gemeldet werden.

Auch aus dem Auslande liegen heute Verkaufsdresse vor. Namentlich Holland scheint gewillt zu sein, einen Teil der in den letzten Tagen aufgenommenen Aktien wiederum abzugeben. Am Devisenmarkt waren auch heute wesentliche Veränderungen nicht zu verzeichnen. Die Anforderungen hoben sich wiederum um eine Kleinigkeit vermindert. Während man schätzungsweise die Höchstforderungen nach nur kurzer Zeit mit 400 Millionen schätzte, betragen die jetzigen Anforderungen ebenfalls schätzungsweise allerhöchstens 180 Millionen. Der Satz für tägliche Geldleihe unverändert 1/2 bis 1 1/2 Promille. Für Monatskredite, die allerdings kaum noch zu haben sind, werden 4 1/2 Proz. und darüber gefordert.

## Rund um die Welt — in Berlin.

Rund um die Welt herum! Alle Siebzehnjährigen haben es einmal geträumt, — inzwischen ist man realer geworden. Was nicht ist, das ist nicht! Unsere Siebzehnjährigen liegen anders — für Lustschlösser keine Zeit, für Luftreisen allenfalls die große Sehnsucht, sicher aber kein Geld. Meistens langt es gerade noch zur 2. Preisstufe; Grünau oder so. Es ist nicht ganz unwichtig, ob man die vorhandenen Möglichkeiten voll auszunutzen vermag oder nicht. Wer immer nur zwischen Schraubstock und Wohnstube pendelt, wer seine höchste sonntägliche Leistung im Kintopp verbringt, der schaltet zumindest für unsere Betrachtung aus; denn wir wollen ja „in Berlin um die Welt“.

Zunächst geht es nach Russland. Ueberall, hauptsächlich im Westen der Stadt, finden wir russische Speisehäuser. Für billiges Geld bekommen wir ein reichliches Essen nach Moskauer Art. Um uns schmeitert die Sprache des großen Reiches und wir hängen in die verträumten Augen dieser fremden Menschenkinder. Jetzt fangen wir ein russisches Lied, das ist schwer und unendlich mairig. Die Traurigkeit der Steppe schwingt in ihnen und eine tiefe, tiefe Sehnsucht nach Russland!

Weiter! Wir wollen um die Welt. Rum fügen wir schon in einer chinesischen Teestube. Da ist alles heiter und wenn jemand singt, dann flattert das Lied wie ein bunter Schmetterling dahin. Alles ist still und — obwohl wir am Kaiserstandem sind — das Rülpsen der Gemeinheit dringt nicht hierher. Die Gesichter dieser fernem Menschen kommen uns ein wenig überlegen vor, wir freuen uns, denn es ist nicht die Ueberlegenheit des dunklen, byzantinischen Prokes, sondern die eines freien, fröhlichen Lebens. Und dabei gibt es in China doch auch enge Straßen — weiß der Teufel warum wir die zehn Zentimeter Vorsprung des östlichen Menschen nicht bewältigen. (Es ist festsam, daß hier das Wort „bewältigen“ stehen muß, das von „Gewalt“ kommt.) — — — Ein kleines, zartes Chinesenmädchen bringt Suppe. Die ist aus hundert, nein Millionen Kräutern. Auf die Terrine wird eine Blüte gelegt, die sich langsam auflöst. Ein wunderbares Spiel. Spielerisch ist hier alles, auch das Essen. Immer unter diesen Menschen leben immer! Zwischen Schlaf und Wachen flattert ein buntes Schmetterlingslied. — — —

Wie wir so auf einmal nach Süden gerichtet sind, das weiß niemand — es war eben so sehr toll. Jetzt lade ich, weil der pommerische Herr neben mir nicht „Spargel“ essen kann. Warum geht er auch zu den Italienern. Immer rufen ihm die langen Raffaronifäden von der Gabel. Meine italienischen Freunde schauen nicht hin und das ist gut so, weil sie so gern spotten. Sie trinken süßen Wein und singen die „Stase“. Manchmal reden sie von Mussolini und dann spielen sie auf dem Klavier „Gioconezza“, die Nationalhymne. Das ist alles nicht politisch, sondern Kinderfröhlichkeit. „Seht mal, was wir alles so bringen!“ Racker sehen sie sich wieder Bilder an, von Roma — — — Wir werden ein Weilschen bei den südlischen Kindern bleiben. Der Wein ist so süß und wir sind froh geworden. Ein andermal sehen wir unsere Weltreise fort.

## Das Opfer eines Epressers.

### Ueber das Grab hinaus.

Ein gefährlicher Epresser wurde von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Ein 24 Jahre alter Kaufmann Alois Sudaki lernte vor einigen Jahren auf einer Reise einen Berliner Kaufmann kennen und wurde von ihm angezogen. Es entwickelte sich nun zwischen ihm und dem verheirateten Manne Beziehungen, die er alsbald zu jahrelang fortgesetzten Epressungen ausbeutete. Der ständig Bedrohte griff an den Rand des geschäftlichen Unterweges und machte im November vorigen Jahres in der Bergwerkstraße seinem Leben ein Ende, indem er sich erschoss. Der Epresser wandte sich jetzt an den Bruder des Verstorbenen, einen Arzt, und verlangte von ihm schriftlich 500 M., die er als Kaution für den Eintritt in eine neue Firma brauche. Als der Arzt ihm den Brief ohne weiteres zurückschickte, ging der Epresser noch weiter. Er forderte jetzt die Frau des Arztes auf, ihren Mann zu veranlassen, daß er ihm eine Rückfrage gemähre und dröhle, daß er sonst seine Beziehungen zu dem Verstorbenen in ihren Gesellschaftskreisen und auch der hochbetagten Mutter des Verstorbenen offenbaren werde. Dabei schreute er sich nicht, jetzt auch noch den Bruder zu verdächtigen. Die Frau des Arztes zeigte den Brief ihrem Manne und dieser wandte sich an die Kriminalpolizei, die den Epresser gefesselt in seiner Wohnung in der Eislebener Straße ermittelte und ihn festnahm.

## Wie wird die Hauszinssteuer gezahlt?

### Eine Aufklärung anlässlich vieler Mißverständnisse.

Wie sich aus vielen mündlichen und schriftlichen Anfragen bei vielen amtlichen Stellen ergibt, herrschen über die Hauszinssteuer noch immer Zweifel verschiedener Art, zu deren Behebung der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mitteilt:

1. Die Hauszinssteuer wird in der Form eines Zuschlags zur staatlichen vorläufigen Steuer vom Grundvermögen, und zwar gegenwärtig in der Höhe des vierfachen Betrages der Grundvermögenssteuer, erhoben. Fällig ist die Hauszinssteuer am 15. eines jeden Monats. Bei einer verspäteten Zahlung, die mehr als sieben Tage nach dem Fälligkeitstage erfolgt, werden Verzugszuschläge erhoben. 2. Steuerpflichtig ist bei der Hauszinssteuer, wie bei der Grundvermögenssteuer, der Hauseigentümer. Bei vermieteten Gebäuden sind aber die Mieter verpflichtet, dem Hauseigentümer bis auf die von ihnen gemieteten Räume entfallenden Beiträge der Hauszinssteuer, wie die übrigen Teile der geleiheten Miete, zu zahlen. Die Verteilung der Hauszinssteuer erfolgt in diesem Falle nach dem Verhältnis der Friedensmiete durch den Hauseigentümer. Hierbei sind auch Räume zu berücksichtigen, für die nicht die geordnete Miete gezahlt wird oder die nicht vermietet sind. 3. Ist ein Steuerpflichtiger im Einzelfalle infolge seiner schlechten persönlichen Verhältnisse nicht in der Lage, die Hauszinssteuer zu entrichten, oder ist ein Mieter im Einzelfalle aus gleicher Ursache nicht in der Lage, dem Hauseigentümer den auf die gemieteten Räume entfallenden Teilbeitrag der Hauszinssteuer zu zahlen, so kann der Steuerpflichtige, also in beiden Fällen der Hauseigentümer, die Stundung des in Betracht kommenden Steuerbetrages bei der Gemeindebehörde unter Begründung beantragen. 4. Eine Herabsetzung der Hauszinssteuer ist in folgenden Fällen auf Antrag möglich: a) Bei Grundstücken, die am 1. Juli 1914 mit dinglichen privatrechtlichen Lasten nicht oder mit nicht mehr als 20 Proz. des Wertes belastet waren. Bei Gebäuden, die zwischen dem 1. Juli 1914 und dem 1. Juli 1915 fertiggestellt sind, tritt zur Feststellung der Belastung an die Stelle des 1. Juli 1914 der Tag der Fertigstellung. Neubauten nach dem 1. Juli 1914 sind frei von der Hauszinssteuer, es sei denn, daß sie mit Beiträgen aus öffentlichen Mitteln ausgeführt worden sind. Für diese letzten Fälle sind besondere Bestimmungen zu erwarten. b) Bei Grundstücken, auf denen am 13. Februar 1924 (Tag vor dem Inkrafttreten der Dritten Steuerreformverordnung des Reiches) eine private öffentliche Last ruhte, oder die mit sogenannten schweizerischen Goldhypotheken belastet waren. c) Bei Grundstücken, bei denen die nicht werthbeständige Last aufgewertet wird. Der Antrag auf Herabsetzung der Hauszinssteuer ist unter Befügung der Nachweise bei dem Vorsitzenden des Grundvermögensauschusses (Katasterdirektor) zu stellen, im Falle von c) aber erst nach dem 1. Januar 1925, da dann erst der Umfang der

Aufwertung festgestellt werden kann. 5. Da die Hauszinssteuer auf die einzelnen Arten von Grundstücken unter Umständen verschieden wirken kann, ist zur Vermeidung von Härten durch den Finanzminister angeordnet, daß die Hauszinssteuer bei denjenigen Grundstücken, die in der Tragweite erheblich werden kann, bei denen der Frieden nicht mehr weniger als 1/2 Proz. des Steuerwertes beträgt, der der Beschaffenheit der Grundvermögenssteuer zugrunde liegt. Voraussetzung ist, daß die Belastung durch die nicht ermäßigte Hauszinssteuer für den Hauseigentümer oder bei vermieteten Grundstücken für die Mieter unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Verhältnisse eine unbillige Härte sein würde. Der Antrag ist ebenfalls unter Befügung der Nachweise durch den Hauseigentümer, bei vermieteten Gebäuden im Auftrage des Hauseigentümers auch durch den Mieter, bei dem Vorsitzenden des Grundvermögensauschusses (Katasterdirektor) zu stellen.

## Großfeuer in einem Fabrikhaus.

### Fünf Firmen in der Köpenicker Straße schwer geschädigt.

Großfeuer beschäftigte die Berliner Feuerwehr in der letzten Nacht stundenlang in der Köpenicker Straße gegenüber der Militärbrötchenfabrik. Dort stand auf dem Hof ein vierstöckiges Quergebäude mit fünf Fabrikbetrieben völlig in Flammen, die demütlich im ersten Stockwerk in der Fabrik von Otto Metz, Fabrik und Lager für Hobelbänke, Schraubzwingen und Werkzeuge usw. ausgekommen sind.

Bewohner des Vorderhauses und Seitenflügels, Gebäude älterer Bauart, sagten aus, daß sie nachts 1 Uhr Rauch bemerkt hätten. Als die 2. Kompanie an der Brandstelle ankam schlugen die Flammen schon haushoch aus den großen Fabrikenfenstern an der Vorder- und Hinterfront des alten Fabrikgebäudes empor. Der erste Angriff war sehr erschwert. Auf dem engen Hof lagerten große Fässer mit Benzin und Spiritus, die den Flammen entzogen und auf die Straße gerollt werden mußten. Dann erst konnte eine eiserne Leitertreppe auf den kleinen Hof gebracht werden. Gleichzeitig drangen Feuerwehrmänner über schnell errichtete Stelken in die Wohnungen des Seitenflügels ein, um die Bewohner, die in größter Gefahr schwebten, in Sicherheit zu bringen, was auch nachträglich gelang, obwohl der seitliche Treppenaufgang infolge der enormen Hitze und dicken Qualms unpassierbar war. Die Hitze war so groß, daß von den Hintergebäuden Bäckerstraße 43 und Eisenbahnstraße größere Flächen Fuß abspargen und mehrere mit Dachpappen bedeckte Dächer Feuer fingen. Angesichts dieser Gefahren, ließ Baumot Mander an Familienwagen „Mittelfeuer“ melden, worauf Oberbranddirektor Gemp und Branddirektor Becker zur Brandstelle eilten, wo nach und nach zahlreiche Löschzüge, darunter auch einer aus Neufeld eintrafen, die von allen Seiten, von den Nachbargrundstücken und auch von der Bäckerstraße aus vordrangen, so daß die Brandstelle vollständig eingekreist war. Eine größere Kommando-Schupo erschien im Laufe und Ausschreit, fand aber nichts zu tun. Mit 6 B- und 7 C-Motoren von 10 Motorsprünge wurde frühzeitig allseitig Wasser geschoben. Mit Blech beschlagene Holztüren, die dem Feuer großen Widerstand geleistet und sich allmählich bewahrt hatten, mußten von der Feuerwehr in allen Geschossen erbrochen werden. Auch einige Wände wurden durchgeschlagen, um den Brandherd besser erreichen zu können. Oberfeuerwehrmann Ball und ein Feuerwehrmann drangen, umklümmert um die Einsturzgefahr, auf der Leitertreppe bis zum Dach des brennenden Gebäudes empor, wo sie brennende Balken entfernten und hinabwarfen, weil diese herabstürzen drohten. Der Schaden ist groß, läßt sich heute aber noch gar nicht überschauen. Bemerkenswert ist noch die große Ruhe in der Köpenicker Straße während des Brandes. Weder Wagen noch Straßenbahnen, weder Autos noch Fußgänger waren zu sehen. Die Feuerwehr war gegen 6 Uhr des Tages fertig und konnte zum Teil abziehen. Es begann nun die Aufräumung. Um 8 Uhr wurden die letzten Löschzüge der 1. und 2. Kompanie abgezogen. Die Betriebe der Firmen Otto Metz, H. Schuch, Hammer u. Koh, C. Jäger usw. sind vorläufig stillgelegt. Personen sind zum Glück nicht zu Schaden gekommen. Von den Maschinen und der Einrichtung der Fabriken ist nichts gerettet.

## Zur Streit erschossen.

Einen verhängnisvollen Ausgang nahm ein Wirtshausstreit in der Bäckerstr. 48. Hier spielte nachmittags ein 23 Jahre alter Arbeiter Arno Baumert aus der Zeughoffstr. 4 Billa. Als er um 8 1/2 Uhr abends aufhören mußte, machte er dem Wirt Burhard Schmierleiten und wurde so heftig, daß er das Lokal verlassen mußte. Um 11 Uhr abends kam Baumert, der bereits angetrunken war, mit mehreren jungen Leuten zurück und verlangte Getränke auf Kredit. Als sie ihm verweigert wurden, brach er von neuem einen Streit vom Faune und wurde auch nicht wieder ausgesordert, hinausgehen. Statt dessen aber ergriff er nun die auf dem Schantisch stehenden Sachen, um sie als Wirtsgeld gegen den Wirt zu benutzen. Darüber kam es zu einem Handgemenge, bei dem der Wirt zur Flucht griff. Ein Schuß trachte, und in die Brust getroffen, brach Baumert tot zusammen. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Der Vorfall verurteilte einen größeren Auflauf. Burhard wurde zu seiner eigenen Sicherheit und zur Feststellung, ob er in Notwehr gehandelt hat, von der Polizei in Gewahrsam genommen.

Eine nachträgliche Kant-Feier. In der Beschlusse der Charlottenburger Stadtbücherei fand eine sehr gut besuchte Kant-Feier statt, deren Verlauf allen Teilnehmern in schöner Erinnerung bleiben wird. Durch die vom Oberbibliothekar Lüdke ausgehende Anregung zu dieser Feier ist die Charlottenbühne bisher die einzige Groß-Berliner Stadtbücherei, die das Gedächtnis Kant auf so schöne und würdige Art ehrt. Wir dürfen nach dieser Probe darauf rechnen, auch in Zukunft nicht nur Vorbilder aus der schönen Literatur, sondern auch solche wissenschaftlicher Art zu hören. Das Interesse der Besucher erwies die Richtigkeit des gemachten Vorleses, der dankenswerterweise bei der Deputation für Kunst und Volksbildung auf günstigen Boden gefallen war.

Besserung der Milchversorgung. Die Beseitigung der Inflation hat die Milchversorgung der Städte ungemein geholfen. Nach den Angaben des Berliner Mißhants hat sich die tägliche Versorgung Groß-Berlins, die in den schwersten Zeiten des November vorigen Jahres auf rund 150 000 Liter täglich gesunken war, so gehoben, daß im Januar dieses Jahres bereits eine durchschnittliche Tageslieferung von rund 370 000 Litern und im März von rund 600 000 Litern zu verzeichnen war. Der Vorfrühjahrsverbrauch betrug rund 12 Millionen Liter. Allerdings lassen sich die Ziffern nicht ganz miteinander vergleichen, da die jetzige städtische Einfuhr ausschließlich dem Frühjahrsfrühjahrsverbrauch und zu ihr noch der starke Verbrauch von Kondensmilch hinzuzurechnen ist, während von der täglichen Anfuhr der Vorfrühjahrszeit ein großer, statistisch nicht genau zu berechnender Anteil verarbeitet wurde.

Zwischen Teufel und Bahnsteig. Beim Beistehen eines fahrenden Zuges vorunglücklich getreten ein 50jähriger Arbeiter Karl Berrai aus Giebende Schme. Er wollte auf dem Bahnhof Bepstreife einen Zug, der sich schon in Bewegung gesetzt hatte, noch besteigen, kam jedoch zu Fall und wurde zwischen Teufel und Bahnsteig eingeklemmt; um ihn befreien zu können, mußte das Teufel herausgeschitten werden. So entstand eine Verlehrsströmung. Der Verunfallte wurde schwer verletzt und lebensgefährlich nach dem Auguste-Victoria-Krankenhaus in Uckerstraße gebracht.

Endlich Preuss! — Alles! Der Kampf um die deutsche Mittel- und Kleinstwirtschaft hat endlich dem Teufel den Garaus gemacht und dem Preussischen Willen endlich nacheinander bestimmt am Freitag, den 30. Mai, statt. Der Wirtschaftskampf bedeutet gleichzeitig den Abschied der Sozialisten im Sportplatz.

# Stillelegung des Bergbaues.

## Die Unternehmer sperren aus.

Nachdem der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns einen Schiedsspruch für den Bergbau gefällt und ihn für allgemeinverbindlich erklärt hat, konnte man erwarten, daß es auch hier zu einem offenen Konflikt kommen wird. Der Reichsarbeitsminister hat in diesen Dingen ein eigenartiges Gesicht. Er fällt Schiedssprüche und erklärt sie für verbindlich, die den Unternehmern die nötige Handhabe oder Gelegenheit bieten, zum Angriff überzugehen.

Es handelt sich im Bergbau, wie in den früher gefällten Schiedssprüchen, insbesondere in dem Konflikt auf den Verstein, um die Verlängerung der Arbeitszeit. Man will die Arbeitsschicht zwingen, auf den Achtstundentag zu verzichten. Bei den Bergarbeitern, soweit sie unter Tage arbeiten, handelt es sich um die Siebenstundenschicht, die übrigens vertraglich festgelegt ist. Die Bergarbeiter, insbesondere die des Ruhrgebiets, haben in der Vergangenheit wiederholt bewiesen, daß sie unter Hinzunahme ihrer Gesundheit bereit sind, Uebererschichten zu fahren. Diese Bereitwilligkeit muß aber zur Voraussetzung nicht allein die dringende wirtschaftliche Notwendigkeit haben, sondern auch das Bemühen der Zechenleitungen, durch eine entsprechende Verbesserung der technischen Einrichtungen die Arbeitszeiterweiterung überflüssig zu machen und durch eine entsprechende Entlohnung erträglich zu gestalten.

Aber gerade hier ist von den Zechenbesitzern am meisten gesündigt worden. Nach dem letzten Schiedsspruch, den der Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt hat, ist die Siebenstundenschicht für die Untertagearbeiter auf acht Stunden verlängert; dazu noch eine Sechsstunde kommt, während die Arbeitszeit über Tage, soweit sie unmittelbar mit der Förderung zusammenhängt, auf neun Stunden festgesetzt worden ist. In den übrigen durchgehenden Tagesbetrieben, beträgt die reine Arbeitszeit, einschließlich der Pausen, 10 Stunden täglich und einschließlich der Sonntagsarbeit 65 Stunden wöchentlich. Arbeitsbereitschaft in den Pausen ist zugelassen. Durch diese Regelung der Arbeitszeit sind die Arbeiter bis 16 Stunden täglich unterwegs.

Die Krankheitsfälle haben sich in den letzten Monaten ungeheuer gesteigert. Da die Krankenunterstützung sehr gering ist, arbeiten die Leute, bis sie zusammenbrechen. Dazu kommt das rücksichtslose Vorgehen der Zechen. Wegen Krankheit feiernde Arbeiter werden rücksichtslos entlassen. Die Antreiberei, die Schikanierungen sind schlimmer als je gewesen. Vorgesetzene Vorschriften werden nicht beachtet, Streckenausbau usw. wird vernachlässigt. Als im Dezember und Januar die längere Arbeitszeit eingeführt wurde, konnte man auf vielen Werken eine erhebliche Rückbildung beobachten, wenn die Bogen nicht genügend oder unrein geladen waren. Man hat darauf das Förderergebnis in die Höhe getrieben und hat dann im Februar und März auf Grund dieses Förderergebnisses die Gehaltsgehälter festgesetzt, ohne jedoch seitdem die gleiche Rücksicht walten zu lassen.

Die Verblüffung der Bergarbeiter ist durch dieses System aus äußerster Gefügung. Wenn sie sich unter diesen Umständen nicht weigern, eine längere als die vertraglich festgesetzte Arbeitszeit einzuhaken, so sind sie damit nicht nur formal im Recht, auch das moralische Recht steht auf ihrer Seite.

Die Zechen antworten darauf mit der Aussperrung. Diese Aussperrungen beschränken sich nicht auf das Ruhrgebiet, sondern dehnen sich auch, soweit bisher Nachrichten vorliegen, auf Oberschlesien und den sächsischen Steinkohlenbergbau aus. Die Taktik

der Zechenbesitzer geht also offensichtlich darauf hinaus, den Bergarbeitern dauernd eine Verlängerung der Arbeitszeit aufzuzwingen. Die vier Bergarbeiterverbände haben übereinstimmend beschlossen, an der Siebenstundenschicht festzuhalten.

Die Aussperrungsanweisung der Zechenbesitzer scheint bisher noch nicht allgemein befolgt worden zu sein. Insbesondere haben sich bisher die staatlichen Werke an der Aussperrung nicht beteiligt. Die Kommunisten befehlen sich, den Zechenbesitzern zu Hilfe zu kommen. Nachdem sie bereits vor zwei Wochen mit ihrer Generallisteparade und den gewalttätigen Versuchen, die Bergarbeiter an der Einfahrt zu verhindern, Schiffbruch gelitten haben, proklamieren sie jetzt wieder den Generallistestritt, um dadurch alle Zechen in die Gefolgschaft der Scharfmacher zu zwingen.

Wenn man das Abstimmungsresultat der Reichstagswahlen für den Einfluß der Kommunisten in den Bergbetrieben als maßgebend betrachten dürfte, dann müßte man als sicher annehmen, daß der Generallistestritt auch überall durchgeführt werden wird. Aber die Bergarbeiter haben durch ihre Abstimmung am Sonntag ihrer Verbitterung Ausdruck geben wollen. Sie haben zu ihrem eigenen Schaden und zum Schaden der Gesamtarbeiterschaft der Vereinigten Sozialdemokratie die Schiedssprüche entgelten lassen, die unter dem Vorhinein des Staatskommissars Wehlich gefällt wurden. Die Bergarbeiter denken deshalb aber nicht daran, sich entgegen den Weisungen ihrer gewerkschaftlichen Organisationen der Diktatur der SPD. zu unterstellen. Sie werden den Kampf um die Arbeitszeit, den Kampf um eine menschenwürdige Existenz nach gewerkschaftlichen Grundsätzen und gemäß den Beschlüssen ihrer Organisationen führen. Die Befehle von Moskau werden wirkungslos verpuffen. Die Verantwortung für die Stillelegung des Bergbaues trifft allein die Zechenbesitzer.

### 300 000 Bergarbeiter ausgesperrt.

Köln, 7. Mai. (Mitt.) Aus dem Ruhrgebiet wurden gestern Abend über 300 000 Bergarbeiter als ausgesperrt gemeldet. Da die Haldebestände für die kohlenverbrauchende Industrie gleich Null sind, wird bereits heute oder morgen mit dem Stillstand weiterer Betriebe, vor allem der Metallindustrie, wegen Kohlenmangels gerechnet. Damit würden weitere 150 bis 200 000 Arbeiter arbeitslos.

Essen, 7. Mai. Der Zechenverband hat bekanntgegeben, daß er sich streng an die Durchführung des Abkommens halten wird, während die Gewerkschaften gestern Abend noch telegraphisch an alle Unterorganisationen die Aufforderung haben ergeben lassen, unter Tage nicht länger als 7 Stunden, über Tage nicht länger als 8 Stunden zu arbeiten. Man rechnet deshalb mit der Tatsache, daß im Laufe des heutigen Tages weitere Aussperrungen erfolgen werden. Da man befürchtet, daß die Sperrlisten gewaltam die jetzt noch in Tätigkeit befindlichen Betriebe zu stören versuchen werden, sollen entsprechende Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Heute nachmittags treten in Essen die Vorstände der Gewerkschaften erneut zusammen, um zur Lage Stellung zu nehmen.

Dresden, 7. Mai. Die Lage in den sächsischen Kohlenbetrieben ist außerordentlich ernst. Die Bestrebungen auf Festhaltung der Siebenstundenschicht für Untertagearbeiten haben auch auf die staatlichen Bergwerke übergriffen. Heute ist die Aussperrung im ganzen sächsischen Steinkohlenbergbau allgemein durchgeführt worden.

von den Unternehmern aufgezwungenen Kampf durchführen werden mit den von den Instanzen ihrer Organisation beschlossenen Mitteln, aber nicht in der Weise, die ihnen die „Chemiker“ aufzwingen wollen.

Der vom Vorstand vorgelegenen Regelung der Unterführung stimmte die Versammlung zu.

Wies in allem geht aus diesen Mitteilungen hervor, daß die Absicht der Scharfmacher im Berliner Bergbau, die jedoch selbst offenbar auf „höherer“ Weisung beruhen, an der überlegenen Taktik des Bergbauverbands gescheitert ist. Daran konnte auch die blödsinnige Taktik der Kommunisten nichts ändern, die durch Stellung übertriebener Forderungen und vor allem durch Proklamierung des Generallistestritts die größte Nähe geben, sämtliche Bauunternehmer in das Lager der Scharfmacher zu treiben und deren wichtig gewordene Herrschaft wieder zu befestigen.

Es bleibt also dabei: Die Bauarbeiter halten am Achtstundentag fest. Kein Schiedsspruch und keine Aussperrung wird sie davon abbringen.

Was können die Unternehmer gegen den Achtstundentag vorbringen? Etwas die Konkurrenz des Auslandes? Dieses Argument kommt beim Bergbau überhaupt nicht in Frage. Oder sind es etwa die Häufung dringender Bauaufträge? Auch dieses Argument kann beim fast völligen Stillliegen des privaten Baumarktes nicht gebraucht werden. Nur Kindern kann man erzählen, daß bei einer Verlängerung der Arbeitszeit der private Baumarkt sich beleben würde.

Jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß durch eine rationelle Verteilung der Arbeit, durch eine Verbesserung der Baumethoden dem Bergbau ein wesentlicher Teil seines Charakters als Saisongewerbe genommen werden kann. Aber die Bauunternehmer wollen, statt ihre veralteten Betriebe und rücksichtslose Betriebsführung zu modernisieren, auf Kosten der Bauarbeiter wie der Bauauftraggeber den alten Schindrian fortsetzen. Die Bauarbeiter, die bei dem wachsenden Standort ihrer Beschäftigung täglich zwei bis vier Stunden unterwegs sind, sollen mit ihren Knochen und ihrer Gesundheit der Rückständigkeit der Bauunternehmer aufhelfen. Das lehnen sie ab. Wenn die Bauunternehmer deswegen ihre Ar-

beiter aussperrten, dann beweisen sie damit, daß es mit ihrer wirtschaftlichen Beherrschung nicht so schlimm ist, wie sie immer behaupten. Aber wie ihre Kollegen, die die neuen Lohn- und alten Arbeitszeitbedingungen anerkannt haben, werden auch die Scharfmacher sich dazu bequemen müssen, eins zurückzutreten.

Die Steinhölzer und Helfer des Deutschen Bauwerksbundes, Bauwerksbunde Berlin, befinden sich seit dem 30. April im Streik. Kollegen, die ohne Arbeitsbereitschaft arbeiten, sind als Streikbrecher zu betrachten. Die Gruppenleitung.

### Die Wirtschaftslage im besetzten Gebiet.

Die Besserung der Arbeitsmarktlage setzte sich im besetzten Gebiet nicht so ausgeprägt fort wie in den Vorwachen. Hier und dort treten erhebliche Störungen auf. So z. B. in Essen und Siegburg, da die Anforderungen der essenerarbeitenden Industrien bedeutend zurückgegangen sind. Im Kölner Bezirk zeigt auch die Nahrungs- und Genussmittelindustrie schleppenden Geschäftsgang.

Schon des brachliegenden Exportes wegen interessieren Selbstverständlich in erster Linie die Werke der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie. Sie sind zum Teil auf zwei bis drei Monate mit Aufträgen versehen. Die Konkurrenz der französischen, luxemburgischen und belgischen Industrie ist in letzter Zeit durch die Erholung des Frankens erheblich abgeschwächt und die Wettbewerbssfähigkeit der deutschen Industrie wurde dadurch gesteigert. Der Inlandbedarf ist zwar groß, aber die Geldknappheit verhindert größere Aufträge. Die Preise für Holzzeugnisse sind im allgemeinen nicht einheitlich und abhängig von dem Beschäftigungsgrad der Werke. Die Versorgung mit Schrott ist unzureichend; außerdem steigen die Schrottpreise schneller als die Rohpreise sich erhöhen. Die Erzversorgung ist vor allem durch die Lieferungsverträge mit den schwedischen Erzgruben gesichert. Dagegen bleibt die Rohisenversorgung durch die Werke im unbesetzten Deutschland infolge des Falls von 10 Mark so gut wie unmöglich.

Der wunde Punkt ist die Preisfrage, die automatisch Lohnforderungen auslöst. Das Düsseldorf-er Bandesarbeitsamt, das sich von Anfang an scharf gegen die aus der Inflationszeit übernommene Preispolitik der Industrie gewandt und vor ihren Folgen gewarnt hat, glaubt jetzt vor der Lohnwelle warnen zu müssen, die von der Wirtschaft genau so wenig getragen werden könne. Es führte zu dem Thema unter anderem aus:

„Eine Lohnhöhung ist heute ganz etwas anderes als in der Inflationszeit. Sie wird eine Sperrlinie gegen Preissteigerung sein, da eine Verbilligung der Erzeugung durch technische und organisatorische Maßnahmen nicht von heute auf morgen zu erzielen ist. Die Preiswelle vorangetrieben durch eine Verknüpfung der Konjunktur, die in Unternehmerrreisen langsam fortgerollt wird. In der Arbeiterschaft ist die Ansicht von der Stabilität der Konjunktur, sogar von einer Hochkonjunktur, weit verbreitet. Diese Ansicht ist eine der Triebfedern der Bewegung, da günstige Wirtschaftslage die Durchführung von Lohnforderungen erleichtert. Es wird darauf hingewiesen, daß die Unternehmer wegen der Auftragsbestände Unterbrechungen der Produktion wenn irgend möglich vermeiden wollen, während defonnene und einsichtige Führer sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Konjunktur in einem kritischen Moment steht.“

Das Arbeitsamt verkennt in seinen Darlegungen, daß die Lohnbewegung die Folge der Preiswelle ist und daß eine schnelle Preisreduzierung nach immer durch eine Reihe von wichtigen Momenten verhindert wird. Viele erwarten von dem Geldmangel ein Abstoßen von Lagerbeständen, das die Preise senken muß; jedoch bleibt immer noch unbestimmt, welchen Umfang die erwartete Krise im Warenhandel annehmen wird.

Die Lohnkämpfe wurden überall mit der größten Erbitterung geführt und gewöhnlich mit der Arbeitszeitfrage verknüpft. So wollten die Arbeiter im Bezirk Köln, die den Fabrikanten und Metallbetriebe Sonntagsarbeit und Verkürzung des Urlaubes zumuten, erst dann über Lohnforderungen mit den Transportarbeitern verhandeln, wenn eine Verlängerung der Arbeitszeit festgelegt würde.

Ganz richtig hat angefangen dieser Kampf der Arbeiter das Gefühl, die neue Phase der Reparationspolitik spielt sich im wesentlichen wiederum auf dem Rücken des Arbeiters ab. Das gilt besonders für den Bergbau, wo die Unternehmer durch eine höchst überflüssige Heroisierung ihrer Vorkammpfstellung die ohnehin gespannten Beziehungen zu den Arbeitern weiter getrübt haben. Unter außerordentlicher Spannung ihrer Kräfte versuchten die Gewerkschaften in den letzten Monaten einen angemessenen Lastenausgleich herbeizuführen. Auf dem Verhandlungswege ist dabei so gut wie gar nichts erreicht worden. Lohnforderungen wurden mit dem Hinweis auf die Vertragslasten und eine dadurch bedingte Verschuldung der Industrie abgelehnt. Im Schiedsverfahren konnte für den Bergbau eine 15proz. Lohnhöhung herbeigeführt werden. Den betreffenden Schiedsspruch lehnten die Unternehmer aber ab, ebenso einen in der Arbeitszeitfrage ergangenen Spruch, der neben Verbesserungen für die Kolonialarbeiter im wesentlichen die Beibehaltung der bisherigen Regelung vorsah. Rumreißt ist auch von einer Revierkonferenz des Bergarbeiterverbandes der Arbeitszeitschiedsspruch abgelehnt worden, ja darüber hinaus beschlossen, nach dem 30. April die Siebenstundenschicht ohne Heberarbeit wieder zu verschärfen. Erst nach dem Abschluß der Verhandlungen über den Mantelstreik, die im Laufe des Mai statzufinden haben, und nach Verbesserungen im Ansperrungswesen wollen die Bergarbeiter der Frage der Heberarbeit wieder nahetreten.

Es kann kein Zweifel sein, daß dieser Beschluß von den Unternehmern als eine Kampfanzeige gedeutet werden wird, und schon die nächsten Tage können die schwersten sozialen Erschütterungen im Ruhrgebiet bringen. Mit der kommunistischen Agitation, die in den letzten Tagen in maßloser Demagogie verfuhrte, die Wirtschafslage der Arbeiterbevölkerung für ihre Zwecke einzufangen, um ein Feuerzeichen nach ihrer Manier anzuzünden, hat die Stellungnahme der Bergarbeiter zu der Arbeitszeitregelung nichts zu tun.

Auch die Bremer Werftarbeiter haben mit überwiegender Mehrheit beschlossen, den Hamburger Schiedsspruch abzulehnen. Dagegen beschlossen die Lübecker Werftarbeiter mit 571 gegen 57 Stimmen, den neuen Hamburger Schiedsspruch abzulehnen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Reich, Götter; Sozialismus: Dr. John Schillmann, Solms und Sonntag; Preis: Karl Häber; Ausland: H. Gieseler; Familien in Berlin: Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H. und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. O., Lindenstraße 3.

**Berliner Elektriker-Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe  
Berlin N 24, Elsäuser Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 1198  
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel - Ausführung sämtl. Reparaturen - Preiswerte, gediegene Arbeit

**Möbel Müller**  
Berlin C., Alexanderstr. 31 Tel. Spl. 1333  
Speisezimmer, Herrenzimmer  
Wohn- und Schlafzimmer, sowie Einbaumöbel ab Fabrik zu billigen Preisen

**Altes Spezialgeschäft in Kamelhaar-Schling-Relie-Dreden Strümpfen**  
Jedes zu billig. Lager.  
Gebrüder Pflaume  
Berlin SW, Friedrichstr. 205  
Edle Stimmst.

**Zähne 1 2 G.M. Teilzahlung**  
gestattet b. kl. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gummipolier v. 3 G.-M. an. Zahnst. mit Berlub. 1 G.-M. b. Bestellt von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis 3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20.000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

**Ravani, Danziger Strasse 1, Ecke Schön-Vorzeiger 10%, Rabatt.**

**Wäschepracht Die gute reine Kernseife 66% Fettgehalt.**  
Nur aus besten Rohstoffen! Stets in gleicher Güte! Ohne schädliche Bestandteile!  
**Stark & Co., Seifenfabrik G. m. b. H.**  
Berlin NO 35, Colmarer Straße 8-9.

**Frühjahrs Neuheiten in Damenmänteln und Kostümen**  
neue eleg. Formen in allen Größen  
Arbeitsstube  
Fr. E. Korthäuser,  
Neue Kölln, Lagerstr. 60  
Teilzahl. gestattet

**Ruhebetten 20 M. Klubgarnit. 170 M. Chaiselong. 12 M. decken. 12 M.**  
Neukölln, Anzengruberstr. 2

**Sternzwirne, Nähgarn, Twiste**  
Gefertigt in Gammibund, Röhms, Senti u. s. Kurzwaren, weit unter Tagespreis  
Gülden, Deutliche 15. Markt 680

Frage: **Wo kaufe ich billig Schokoladen?**  
Antwort: **Nur bei Eisen & Diamant**  
Kaisorstraße 4.  
Abteilung II:  
**Zigaretten-Engros-Vertrieb**  
Andreasstr. 13 (Schles. Bahnh.)

**Gabardine**  
130 hr., r. Wolle  
8.50 M., 9.75 M.  
Kostüm-, Kleider-, Futterstoffe bedeutend unt. Preis.  
Haarpuder  
Schöberg, Goltzstr. 2  
4. G. m. b. H.

**TRAURINGE**  
in jed. Größe u. Qualität stets vorrät. nur bill. Preisberechn.  
**M. Dinse, Juwelier**  
Lichtenberg, Frankl. Allee 202  
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichs  
Teleph. Lichtenberg 3322

**Botenfrauen**  
für Segen Wilhelm- und Friedrichstr. zwischen Velle-Allianz-Platz u. Leipz. Str. gegen hohen Lohn sofort verlangt!  
Hauptped. des „Vorwärts“  
Lindenstraße 3 (Laden).